

GRÜNE Bramsche



Wahlprogramm 2021 ***für ein grünes Bramsche***

Veränderung beginnt hier.

Unsere Kandidierenden (Wahlbereich 1)



Barbara Pöppe



Dieter Sieksmeyer



Miriam Thye



Annemarie Kruckmann



Ufke Cremer



Martin Negel



Matthias Krause

außerdem: Henning Stricker, Ruth Negel

Inhalt

<i>Stadtentwicklung und Klimaschutz in Einklang bringen</i>	<i>5</i>
Hintergrund	5
Flächennutzungsplan nachhaltig weiter entwickeln	6
Wohnen	6
Flächenverbrauch reduzieren	6
Wohnungsbedarf für kleinere Haushalte berücksichtigen	6
Heterogene Baugebietsgestaltung umsetzen	7
Alternative Wohnformen ermöglichen und stärken	7
Baulücken- und Leerstandskataster einführen	8
Effiziente Wohnraumnutzung fördern	8
Klimaschutz als Aufgabe der Bauleitplanung betrachten	8
Natürliche Ressourcen schützen	9
Breitbandversorgung und ÖPNV-Anschluss als Standard festlegen	9
Bahnhofsumfeld nachhaltig entwickeln	10
Sozialen Wohnungsbau fördern	10
Gewerbe-/Industriegebiete	11
Wachstum nicht unbegrenzt möglich	11
Reduzierte Gewerbeflächenentwicklung	12
Finanzielle Belastungen im Blick behalten	12
Kriterien für die Gewerbeflächenentwicklung	13
Hintergrund	13
<i>Natürliche Lebensgrundlagen bewahren</i>	<i>14</i>
Volksbegehren Artenvielfalt	14
Wege- und Gewässerrandstreifen aufwerten	15
Mehr Ausgleichsmaßnahmen vor Ort durchführen	15
Grundwasser schützen	15
Nachhaltige Landwirtschaft	16

<i>Energiepolitik auf Klimaneutralität ausrichten</i>	17
Ungenutzte Windkraftpotenziale aktivieren	17
Repowering ermöglichen	17
Ausbau von Photovoltaikanlagen und Geothermienutzung	18
Beratungsangebote schaffen	18
Agrarphotovoltaik	19
 <i>Gesund in Bramsche</i>	 20
Notarzt/Rettungsdienst	20
Prävention ausbauen	20
Erweiterung des Therapie- und Rehasport – Angebotes im Hase-Bad	21
Gesundheit/Wohnen im Alter	21
 <i>Mobil in der Stadt</i>	 22
Anteil des Radverkehrs steigern	22
ÖPNV stärken	23
Nahversorgung erhalten	24
Straßenneubau nur zur Erschließung von Siedlungsflächen	24
 <i>Solide Finanzen</i>	 25
Finanzielle Schieflage vermeiden	25
Nachhaltiger Einsatz der finanziellen Mittel	26
 <i>Bildung für alle, von Anfang an</i>	 27
Krippen & Kindertagesstätten ausbauen	27
Krippen und Kita unter einem Dach	27
Mehrbedarf an Förderung berücksichtigen	28
Schulen zukunftsfest ausrichten	28
Schulentwicklungsplanung am Elternwillen orientieren	28
IGS mit eigener Oberstufe	28
Neues Raumkonzept für die Realschule	29
Grundschulstandorte erhalten	29

Bildungspaket nutzen	29
Digitalpakt Schulen umsetzen	29
<i>Zusammenleben fördern</i>	31
Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche ausbauen	31
Seniorenrat stärken	31
Gleichberechtigung fördern	31
Zusammenleben lernen	32

Wahlprogramm 2021 ***für ein grünes Bramsche***

Herausgeber
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Ortsverband Bramsche
Heinrich-Beerbom-Platz 2
49565 Bramsche

www.gruene-bramsche.de

gedruckt auf Recyclingpapier (Blauer Engel, FSC)

© 2021

Stadtentwicklung und Klimaschutz in Einklang bringen

Grüne Stadtentwicklungspolitik setzt darauf, dass politische und planerische Entscheidungen auf die Erfordernisse des Klimaschutzes hin geprüft werden. Es geht darum, Strategien zur Vermeidung und zur Reduzierung des CO₂-Verbrauchs zu entwickeln. Wesentliche Zielsetzungen sind dabei der Ausbau der regenerativen Energien, die klimaneutrale Energieversorgung von Neubauten, die Entwicklung von Energieeffizienzmaßnahmen in bestehenden Quartieren und ein Mobilitätsmanagement, dass auf eine Stärkung des Öffentlichen Personennahverkehrs und des Radverkehrs ausgerichtet ist.

Gleichzeitig gilt es, die Digitalisierung in Bramsche voranzubringen. Durch Corona ist die Notwendigkeit des Breitbandausbaus auch in den unterversorgten Gebieten nochmals gestiegen. Homeoffice und Homeschooling muss überall unproblematisch möglich sein.

Hintergrund

Zwischen 1999 und 2020 sind im Bereich der Stadt Bramsche 60 ha Wohnbauflächen und 55 ha Industrie - und Gewerbeflächen neu ausgewiesen worden. Das entspricht für diesen Zeitraum einem jährlichen Flächenverbrauch von 57.000 qm oder 56 Fußballfeldern.

17 ha Wohnbauflächen befinden sich gegenwärtig in Planung oder haben kürzlich den Planungsabschluss erlangt.

Die zunehmende Flächenversiegelung führt zu einem stetig steigenden Kostendruck auf landwirtschaftliche Nutzflächen und reduziert oftmals bislang extensiv genutzte Flächen, die dann für den Natur- und Artenschutz verloren gehen. Beispiele hierfür sind die Baugebiete „Varusstraße“ und „Bührener Esch“ und das Baugebiet mit dem künftigen Kindergarten „St. Martin“ am Penter Weg, das zu 100 % in einem Überflutungsbereich für ein Extremhochwasser „HQ 1,3“ liegt.

Flächennutzungsplan nachhaltig weiter entwickeln

Für den neuen Flächennutzungsplan, der die aktuellen und beabsichtigten Flächennutzungen für die gesamte Stadt darstellen wird, setzen wir folgende Schwerpunkte:

Wohnen

Flächenverbrauch reduzieren

Grüne Stadtentwicklungspolitik setzt darauf, bei der bedarfsgerechten Bereitstellung von Flächen für Wohnen und Arbeiten den jährlichen Flächenverbrauch zu reduzieren.

Grüne Stadtentwicklungspolitik stellt dabei an die städtische Bauleitplanung eine erhöhte Anforderung bzgl. einer qualitativ und quantitativ besseren Ausnutzung von Baulandflächen. Wir sehen einen Vorrang für die „Innenverdichtung“, d.h. für den Ausbau bestehender Wohngebiete und innenstadtnaher Lagen vor der Zersiedelung der Außenbereiche. Als Schwerpunkte der künftigen Wohnbauentwicklung sehen wir die Bramscher Innenstadt, das Bahnhofsumfeld und das Kirchspiel Engter.

Die Prognosen für die demographische Entwicklung in Bramsche bis zum Jahr 2035 sehen einen konstanten Bevölkerungsbestand von ca. 30.000 Einwohnern, aber einen Zuwachs insbesondere von kleineren Haushalten mit 1 bis 2 Personen, u.a. weil der Anteil von älteren Menschen deutlich zunehmen wird.

Wohnungsbedarf für kleinere Haushalteberücksichtigen

- Zurzeit liegt die Anzahl kleinerer Wohnungen deutlich unter der Anzahl der kleinen Haushalte. Insbesondere der Anteil für altersgerechtes Wohnen müsste steigen. Die Stadt Bramsche verfügt

seit Jahren über Grundstücke in unmittelbarer Lage zur Großen Straße, die seinerzeit für einen dann gescheiterten Investorenwettbewerb für einen großflächigen Einzelhandel angekauft wurden. Eine attraktive innerstädtische Wohnbebauung mit einer Nutzung für Einzelhandel, Gastronomie oder sozialen und kulturelle Einrichtungen in den Untergeschossen der Gebäude ließe sich hier realisieren.

Heterogene Baugebietsgestaltung umsetzen

- Unzureichend erscheinen städtebauliche Entwürfe, die für Neubaugebiete in den Ortsteilen der Stadt Bramsche vorgelegt wurden. Sowohl in Hesepe (Bebauungsplan „Hesepe- Mitte“, ca. 10.000 qm), in Lappenstuhl (Bebauungsplan „Spechtstraße“, ca. 15.000 qm) oder in Ueffeln (Bebauungsplan „Im Mühlengrund“, ca. 51.000 qm) wurde nahezu ausschließlich der Bau von Einzelhäusern geplant.
- Grüne Stadtentwicklungspolitik setzt darauf, mit der immer knapper werdenden Ressource Boden effizienter umgehen. D. h., dass wir auch in den Außenbereichen eine größere Verdichtung der Bebauung anstreben.
- Wir plädieren dabei nicht für eine untypische mehrgeschossige Bebauung in den Ortsteilen, aber für eine Steigerung von derzeit 20 Wohneinheiten pro ha auf etwa 40 Wohneinheiten pro ha durch einen Mix von Einfamilienhäusern, Doppelhaushälften und Reihen- oder Mehrfamilienhäusern. Der auch hier bestehende Bedarf nach kleineren Wohneinheiten könnte vor Ort bedient werden.

Alternative Wohnformen ermöglichen und stärken

- Grüne Stadtentwicklungspolitik unterstützt Initiativen gemeinschaftlichen Wohnens in Form von Mehrgenerationenhäusern und gemeinschaftliche Wohnorganisationen wie das Mietshäusersyndikat.
- Minimalistische Wohnformen in Tinyhouse- Bauweise sollen bei der Ausweisung von Bauflächen Berücksichtigung finden.

- Im Außenbereich soll die Schaffung von Wohneinheiten auf ehemals landwirtschaftlich genutzten Hofstellen erleichtert werden.

Baulücken-und Leerstandskataster einführen

- Bestehende Baulücken und Wohnungsleerstände sollen über Baulücken- und Leerstandskataster für jeden Ortsteil erfasst werden. Über Nachverdichtungsmöglichkeiten auf größeren Grundstücken soll es ein städtisches Beratungsangebot geben ebenso für Möglichkeiten ökologischen Bauens und Sanierens.

Effiziente Wohnraumnutzung fördern

- Mit einer speziell konzipierten Orientierungsberatung soll für diejenigen ein Angebot geschaffen werden, die ihre zu groß gewordenen Häuser in der Nachfamilienphase in mehrere Wohnungen umbauen oder in eine kleinere Wohnung umziehen wollen. Das Ziel ist, vorhandene Wohnflächen nachhaltiger zu nutzen.

Klimaschutz als Aufgabe der Bauleitplanung betrachten

- Grüne Stadtentwicklungspolitik setzt darauf, dass über eine höhere Flächeneffizienz in den Neubaugebieten auch notwendige energetische Konzepte, wie eine Nahwärmeversorgung über BHKW oder Geothermie wirtschaftlich umgesetzt werden können.
- In der Stadtverwaltung soll eine energiebezogene Beratung etabliert werden, die in allen Fällen von Neubau oder von Altbau-Sanierungen über energieeffiziente Bauweisen mit Mindestvorgaben bzw. Baustandards informiert (z.B. Passivhausbau)
- Photovoltaik soll in Neubaugebieten verpflichtend zum Einsatz kommen.
- Für den Wohnbestand sollen durch den städtischen Klimamanager in enger Zusammenarbeit mit den Bewohnern und den Energieversorgungsunternehmen Energie-Quartierskonzepte für die Nahwärmeplanung entwickelt werden. Hierzu sollen über bestehende

Kfw-Förderprogramme Nahwärmeinseln im Stadtgebiet ermittelt und aufgebaut werden.

Natürliche Ressourcen schützen

- Grüne Stadtentwicklungspolitik setzt darauf, dass in der städtischen Bauleitplanung Überflutungsflächen und für den Artenschutz besonders schutzbedürftige Landschaftsteile nicht überplant werden.
- Der Schutz von Flächen in Trinkwassergewinnungsgebieten soll durch Pacht oder Kauf solcher Flächen erfolgen, um durch verbindliche Nutzungseinschränkungen Einträge in den Trinkwasserkörper vermeiden zu können.
- Durch eindeutige Festsetzungen in den Bebauungsplänen soll künftig die Versiegelung durch „Schottergärten“ in allen Neubaugebieten untersagt werden.
- Bei künftigen Ausweisungen von Wohn- und Gewerbegebieten sollen 40-50% der ökologischen Ausgleichsmaßnahmen in den betreffenden Flächen erfolgen.
- Festgelegte Kompensationsmaßnahmen für Eingriffe in die Natur sollen künftig auf ihre Umsetzung hin überprüft und bei festgestellten Defiziten nachgehalten werden.
- Bestehende Spiel- und Bolzplätze sollen bei Maßnahmen der Innerverdichtung nicht überplant, sondern erhalten werden.

Breitbandversorgung und ÖPNV-Anschluss als Standard festlegen

- Bei der Entwicklung von Wohnbauflächen muss der Bedarf nach Homeoffice und Homeschooling über eine ausreichende Breitbandversorgung des Baugebietes sichergestellt sein.
- Im Wohnungsbestand ist die Notwendigkeit zur Dynamisierung des Breitbandausbaus durch die Pandemie gestiegen. Wir setzen uns dafür ein, dass insbesondere auch für die bislang unterversorgten Gebiete in den Außenbereichen ein beschleunigter Anschluss erfolgen kann.
- Ein ÖPNV-Anschluss soll für alle Neubaugebiete Standard werden.

Die Eingliederung in bestehende Buslinien ist in künftigen Bebauungsplänen zu berücksichtigen.

Bahnhofsumfeld nachhaltig entwickeln

- Grüne Stadtentwicklungspolitik setzt darauf, dass Sanierungsgebiet Bahnhofsumfeld als attraktives Wohngebiet mit Naherholungswert in Innenstadtlage zu entwickeln. Hierbei sollen die bislang genutzten Gartenflächen und die schützenswerten Naturbestandteile in den städtebaulichen Entwurf integriert werden. Für den gesamten Bereich streben wir eine von den Stadtwerken zu entwickelnde zentrale Nahwärmeversorgung an. Rad- und Fußwege sollen den Bereich an die Innenstadt anbinden.
- Den durch Beschluss des Stadtrates unfreiwillig ins Sanierungsgebiet „Bahnhofsumfeld“ gelangten Anwohnern wurde eine umfassende Beteiligung im weiteren Verfahren zugesagt. Unbillige Härten sollen nicht entstehen. Wir setzen uns im Verfahren auf die Einhaltung dieser Zusagen ein.

Sozialen Wohnungsbau fördern

- Bis zum Jahr 2023 wird es nach einer Prognose des Landkreises voraussichtlich keine Sozialwohnungen mehr im Landkreis Osnabrück geben. Das Thema bezahlbares Wohnen ist nicht nur im unteren, sondern auch im mittleren Preissegment eine große soziale Herausforderung in der Zukunft. Zielführend ist eine stärkere Orientierung auf gemeinwohlorientierte Träger .
- Grüne Stadtentwicklungspolitik setzt darauf, dass bei Quartiersentwicklungen wie z.B. im Bereich des Bahnhofsumfeldes durch Inanspruchnahme von Förderprogrammen und Beteiligung von gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum mit einem festen Anteil von Wohnungen mit Mietpreisbindung angestrebt wird.

Gewerbe-/Industriegebiete

In den letzten 10 Jahren sind mit den Industrie- und Gewerbebetrieben Westlich der L78 in Engter , Amazone-Schleptrup an der A1 und Eiker Esch in Schleptrup erhebliche Flächenpotenziale für die wirtschaftliche Entwicklung in Bramsche zur Verfügung gestellt worden. Die Vermarktung der Flächen ist mit wenigen Ausnahmen im Bereich Eiker Esch abgeschlossen. In den nächsten fünf Jahren werden Firmen ihre Flächenreserven nutzen und ihre Standorte dort ausbauen, andere bereits in Bramsche ansässige Firmen verlagern ihren Sitz in diese Standorte und es wird eine Reihe von Neuansiedlungen von Firmen geben, die erstmals ihren Sitz in Bramsche haben werden.

Erweiterungen und Neuansiedlungen werden aber nicht nur die Wirtschafts- und Steuereinnahmekraft der Stadt verändern, sondern stellen auch erhebliche Herausforderungen für die städtische Infrastruktur dar. Zusätzliche Flächen für Wohnraum müssen ausgewiesen werden, Kitas und Schulen müssen erweiterten Bedarfen angepasst werden und machen ebenso wie beim Ausbau von Verkehrsinfrastruktur und Mobilitätsversorgung zusätzliche Investitionen erforderlich.

Wachstum nicht unbegrenzt möglich

- Angesichts der erheblichen Flächenentwicklungen im Industrie- und Gewerbesektor der letzten Jahre sehen wir einen Übergang in eine Konsolidierungsphase für diesen Sektor erreicht. Die Konsequenzen des Wachstums auf andere Lebensbereiche müssen mehr bedacht werden sowohl im Hinblick auf die Begrenztheit der natürlichen Ressourcen als auch im Hinblick auf die Entwicklungspotenziale der Stadt.
- Im Leitbild zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes in Bramsche sieht das durch die Stadt Bramsche beauftragte Planungsbüro bis zum Jahr 2035 eine erforderliche Neudarstellung

von Gewerbe- und Industrieflächen zwischen 6,2 ha und 42,5 ha vor. Für die weiter gefasste Variante wird als ein Schwerpunkt ein weiteres großflächiges Industrie- und Gewerbegebiet in Schleptrup westlich der A1/südlich zur B68 aufgeführt.

- Auch im Hinblick auf die politischen Aussagen der vergangenen Jahre, nach denen den BürgerInnen in Schleptrup keine weiteren räumlichen Einschnitte durch Industrie und Gewerbe zugesagt wurden, sehen wir für ein solches Vorhaben keine Notwendigkeit.

Reduzierte Gewerbeflächenentwicklung

- Grüne Stadtentwicklungspolitik sieht in den kommenden fünf Jahren keine Ausweisung weiterer großflächiger Industrie- und Gewerbegebiete in Bramsche vor. An die Bestandserweiterung der letzten zehn Jahre sollte eine Phase der Konsolidierung anschließen, die die Folgen des Wachstums auf die Infrastruktur in den Bereichen Verkehr, Wohnungsnachfrage und den Bedarf an Kinderbetreuungseinrichtungen abstimmt.
- Im Vordergrund steht die Sicherung des Bestandes, die vornehmlich am Entwicklungs- oder Verlagerungsbedarf der ansässigen Unternehmen orientiert sein sollte. Für zusätzlichen kleinteiligen Flächenbedarf sollten Arrondierungsmöglichkeiten bestehender Gewerbegebiete geprüft werden.
- Grüne Stadtentwicklungspolitik berücksichtigt, dass ein mit hohem Flächenverbrauch einhergehendes Wachstum nachteilige Auswirkungen auf Klima- Wasser- und Umweltschutz hat und einen immer größeren Druck auf die Nutzung landwirtschaftlicher Flächen ausübt.

Finanzielle Belastungen im Blick behalten

- Gewerbeflächenentwicklung bindet erhebliche finanzielle Mittel der Stadt, da die entwickelten Flächen nicht zum Gestehungspreis, sondern -in Konkurrenz mit anderen Kommunen- mit hohen

Subventionen an die Investoren abgegeben werden. Deshalb sind Wachstums- und Sättigungsgrenzen auch im Hinblick auf die finanziellen Belastungen für den städtischen Haushalt zu berücksichtigen.

Hintergrund

Für das Gewerbe- und Industriegebiet Schleptrup an der A1 investierte die Stadt Bramsche zwischen 2015 und 2018 10.630.000 €, für die daran anschließenden Gewerbeflächen des Eiker Esch sieht der Ausgabeplan beginnend mit dem Jahr 2018 5.100.000 € vor.

Abzüglich der Einnahmen für die Grundstücksverkäufe verbleibt eine kreditfinanzierte Deckungslücke von 9.290.000 €. Der Anteil am Gesamtschuldenstand der Stadt Bramsche von 32.100.000 € beträgt mehr als 25 %.

Kriterien für die Gewerbeflächenentwicklung

- Bei der Ansiedlung von Gewerbebetrieben im Flächenbestand sollten innovative, Ressourcen schonende Betriebe bevorzugt werden.
- Dach- und Fassadenbegrünungen oder Photovoltaik sollten bei Flachdächern, die größer als 50 qm sind, ein verpflichtendes Element bei der Neuerstellung gewerblicher Gebäude sein.
- ein hochstämmiger Baum je 1000qm Gewerbefläche ist als Vertragsbestandteil bei der Vermarktung der Flächen festzusetzen.
- Grüne Stadtentwicklungspolitik setzt zudem darauf, dass bei der Vergabe von Gewerbeflächen die Schaffung von qualifizierten Arbeits- und ausbildungsplätzen als wichtiges Vergabemerkmal eingeführt wird.

Natürliche Lebensgrundlagen bewahren

Das Artensterben ist eines der größten Umweltprobleme unserer Zeit. Grüne Umweltpolitik setzt deshalb darauf, die Lebensräume für Pflanzen und Tiere zu schützen und die biologische Vielfalt zu erhalten. Dazu gehört die Bewahrung der bestehenden Landschafts- und Naturschutzgebiete, eine Minimierung von Flächenversiegelung und eine nachhaltige gentechnikfreie Landwirtschaft.

Volksbegehren Artenvielfalt

Mehr als 1500 BürgerInnen in Bramsche haben das Volksbegehren Artenvielfalt unterstützt. Artenvielfalt und intakte Ökosysteme sind die Grundlage unseres Lebens und dienen dem Klimaschutz. Die nds. Landesregierung und die Initiatoren des Volkbegehrens haben sich Ende 2020 auf den sogenannten niedersächsischen Weg verständigt und damit auch auf den Grundsatz zur Reduzierung der Flächenversiegelung. Landesweit wurde durch das Niedersächsische Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz festgelegt, die Flächenversiegelung bis 2030 auf unter 3 ha pro Tag zu reduzieren und bis 2050 die Neuversiegelung von Flächen zu beenden.

Grüne Umweltpolitik setzt auf einen schonenden Umgang mit der Ressource Boden und auf eine größere Effizienz bei der Ausnutzung von Flächen. Wir orientieren uns auch in Bramsche an den vereinbarten Vorgaben. Bei einer Gesamtfläche von 183 qkm würde eine Umsetzung des 3 ha-Zieles die Flächenneuversiegelung in Bramsche für die nächsten fünf Jahre auf ca. 21 ha begrenzen.

Wege- und Gewässerrandstreifen aufwerten

- Mit der Fortführung des städtischen Wegerandstreifenprogrammes in allen Ortsteilen soll die Biotopvernetzung gefördert und verbessert werden. Die im Besitz der Stadt befindlichen Wegerandstreifen werden aus landwirtschaftlicher Nutzung zurückgeführt und durch Einsaat und Bepflanzungen zu einem Lebensraum mit hoher Biodiversität.
- Die durch den städtischen Betriebshof durchgeführte Vegetationspflege an Straßen, Wegen und Gewässern soll künftig unter stärkerer Betrachtung naturschutzfachlicher Kriterien durchgeführt werden mit dem Ziel, die Vielfalt dieser Lebensräume zu erhöhen.

Mehr Ausgleichsmaßnahmen vor Ort durchführen

- Ausgleichsmaßnahmen für Flächenversiegelungen in Bebauungsplänen von Wohn- und Gewerbegebieten sollen zu 40- 50% in den betroffenen Flächen erfolgen. Als beispielhaft sehen wir die Gestaltung der Ausgleichsmaßnahmen, die unter grüner Mehrheitsbeteiligung im Rat im Industrie- und Gewerbegebiet Schleptrup durchgeführt worden sind.
- In den noch zu erstellenden Bebauungsplänen für das Bahnhofsumfeld sollen die hier bestehenden Naturschutzflächen durch einen den gesamten Bereich erschließenden Grünzug verbunden werden. Grünflächen und Bachläufe sollen ein für die Naherholung erlebbarer Raum werden.

Grundwasser schützen

- Für die langfristige Sicherung der Trinkwasserqualität des Wasserwerkes Bramsche sollen Flächen im Wassereinzugsgebiet Schleptrup durch die Stadtwerke Bramsche angekauft werden. Durch die Sicherung der Flächen kann der Eintrag von Nitrat und Pestiziden in das Grundwasser nachhaltig verhindert werden. Eine Verpachtung

der Flächen wird an eine trinkwasserschonende Bewirtschaftung gebunden. Zugleich werden sie Bestandteil eines Flächenpools, mit dem Werteinheiten für städtische Bebauungspläne generiert werden können

- Die Wasserfördermengen in den Trinkwassergewinnungsgebieten sollen auf das notwendige und für die Grundwasserneubildung verträgliche Maß ausgerichtet werden. Nur so kann eine Absenkung des Grundwasserspiegels mit nachteiligen Folgen für Land- und Forstwirtschaft verhindert werden.

Nachhaltige Landwirtschaft

- Unser Leitbild einer nachhaltigen Landwirtschaft setzt auf den Erhalt der bäuerlichen Familienbetriebe. Besonders die Betriebe, die nach den Regeln des ökologischen Landbaus wirtschaften, produzieren gesunde Lebensmittel, praktizieren artgerechte Tierhaltung und belasten Natur und Umwelt am geringsten.

Energiepolitik auf Klimaneutralität ausrichten

Die Zukunft der Energieversorgung ohne Atom und fossile Brennstoffe muss gestaltet werden durch Maßnahmen zur Energieeinsparung, durch Erhöhung der Energieeffizienz und durch nachhaltigen Einsatz des Energiemixes aus Wind, Sonne, Erdwärme und Wasserkraft. Strom- und Wärmeversorgung erfordern den Ausbau leistungsfähiger Netze und innovativer Speichertechnologien. Die regenerative Energieerzeugung ist für die Erreichung der Klimaziele ohne Alternative.

Ungenutzte Windkraftpotenziale aktivieren

- Nach der Errichtung der Windparks in Kalkriese, Wittefeld und Ahrensfeld ist der gegenwärtige Stromverbrauch in Bramsche zu 100% regenerativ gedeckt. Es werden aber weitere Anstrengungen notwendig sein, um die zusätzlichen Bedarfe im gewerblichen Bereich und vor allem durch die wachsende Nutzung der Elektromobilität abzudecken. Grüne Energiepolitik setzt deshalb darauf, die bislang ungenutzten Potenziale für die Windenergie in Bramsche zu aktivieren. Bislang wird der mögliche Zubau von vier weiteren Windkraftanlagen in Balkum/Hesepe durch eine vom Stadtrat beschlossene Veränderungssperre blockiert. Die Sperre muss weg. Wie auch in den Windparks mit städtischer Beteiligung sollten hier WEAs mit einer Anlagenhöhe von 200 m zugelassen werden.

Repowering ermöglichen

- Der Fortbestand der Windparks in Ueffeln/Balkum und in Achmer/Vinte ist nach Ablauf der 20-jährigen EEG-Förderung in 2026 bzw. 2027 nicht gesichert. Eine Repowering der Windparks mit dem Stand der Technik entsprechenden neuen Anlagen müsste durch die Stadt im Genehmigungsverfahren begleitet werden. Grüne Energiepolitik setzt darauf, dass diese bestehenden regenerativen Potenziale auch künftig genutzt werden können.

Ausbau von Photovoltaikanlagen und Geothermienutzung

- Die Stadt Bramsche vermarktet den überwiegenden Teil von Neubauf Flächen sowohl für die Gewerbe/Industrienutzung als auch für die Wohnnutzung. Für neue Baugebiete können somit über Festlegungen in den Bebauungsplänen als auch über die Kaufverträge energetische Konzepte mit größtmöglicher CO₂-Reduzierung in den Quartieren umgesetzt werden. Grüne Energiepolitik setzt darauf, in allen Neubaugebieten Nahwärmenetze einzurichten, die über Geothermie oder Blockheizkraftwerke betrieben werden. Diese Nahwärmenetze sollen zugleich als Keimzellen für schon bestehende angrenzende Wohnquartiere angelegt sein.
- Über die Stadtwerke soll in gemeinsamen Überlegungen mit den Windpark GmbHs mit städtischer Beteiligung der Einstieg in die Produktion grünen Wasserstoffs als künftiger Nahwärme-Energieträger geprüft werden.
- Die Nutzung von Photovoltaikanlagen oder die Anlage von Dach- und Fassadenbegrünungen sollen als Bestandteile in Bebauungsplänen festgesetzt werden.

Beratungsangebote schaffen

- Der Rat der Stadt Bramsche hat die Einstellung eines Klimaschutzmanagers für das Jahr 2021 beschlossen. Aus Grüner Sicht wird hiermit auch eine Anlaufstelle mit Informationsangeboten für Bürger/innen und Unternehmen geschaffen. Von hier sollte ein Netzwerk ausgehen etwa für Fragen zu energetische Sanierungen, Umstellungen auf Elektromobilität, Bau von Photovoltaikanlagen oder Stromspeichern.
- Allein auf den Bereich Haushalte entfällt in Deutschland momentan rund ein Drittel des Gesamtenergieverbrauchs. Raumwärme und Warmwasser spielen dabei eine besonders große Rolle. Aufgrund der langen Lebensdauer von Heizungssystemen stellt dieser Sektor eine zentrale Herausforderung und einen entscheidenden Hebel für mehr

Klimaschutz dar. Beratungsangebote sind ein wichtiger Baustein um die Wärmewende als Teil des Weges zur Klimaneutralität umzusetzen.

Agrarphotovoltaik

- Solarstromproduktion und Landwirtschaft können auf der gleichen Fläche stattfinden. Die Teilverschattung unter den Solarmodulen steigert die landwirtschaftlichen Ernteerträge, die hohe Sonneneinstrahlung die Solarstromproduktion. Die Landnutzungseffizienz kann auf über 150% gesteigert werden. Verbundprojekte aus Solarnutzung und Landwirtschaft werden seit mehreren Jahren erprobt. Information und Beratung können auch hier wegweisend sein.

Gesund in Bramsche

Die Sicherstellung der medizinischen Grundversorgung für die Bramscher Bürgerinnen und Bürger ist das wichtigste gesundheitspolitische Ziel. Wir setzen uns für eine wohnortnahe hausärztliche, fachärztliche und psychologische Betreuung ein. Dass die Stadt weiterhin Standort eines Krankenhauses ist, haben wir in der Vergangenheit nachhaltig unterstützt auch wenn hier mit der Psychiatrie eine andere Schwerpunktsetzung erfolgt ist.

Notarzt/Rettungsdienst

- Der Standort Bramsche hat die meisten Notarzteinsätze im Landkreis. Es ist deshalb von großer Bedeutung, dass die notärztliche Versorgung ausgebaut wird. Ein hochwertiges Notärztteteam mit zusätzlichen zeitlichen Kapazitäten ist vorhanden. Wir treten deshalb dafür ein, dass der Standort in Abstimmung mit dem Landkreis künftig als 24 h Bereitschaft geführt wird.
- Eine wichtige Funktion erfüllt die Rettungswache der Malteser. Wir unterstützen, dass hier bei wachsendem Bedarf Ausbaupazitäten geschaffen werden.

Prävention ausbauen

- Gesundheitsfördernde Angebote über Kurse der Volkshochschule, durch Initiativen von Selbsthilfegruppen oder von Sportvereinen könnten durch einen Runden Tisch „Prävention“ koordiniert werden. In Zusammenarbeit mit Krankenkassen und Wandervereinen sollte die Schaffung eines Trimm-Dich-Pfades für die Gesundheitsprävention überlegt werden.

Erweiterung des Therapie- und Rehasport - Angebotes im Hase-Bad

- Mit der Schließung des Bewegungsbades am Standort des Krankenhauses in Bramsche ist für zahlreiche Betroffene eine Reha- und Therapiemöglichkeit verloren gegangen. Wir unterstützen daher die Überlegungen der Stadtwerke über Anbaumaßnahmen am Hallenbad mit der Einrichtung eines zweiten Variobeckens und ergänzenden Therapie- und Gruppenräumen.
- Wie bei der erfolgten Sanierung des Freibades in Ueffeln ist hier eine Millionen-Investition erforderlich, die unseres Erachtens aber nur erfolgen kann, wenn in den nächsten Jahren auf eine entsprechende Gewinnausschüttung der Stadtwerke an den städtischen Haushalt verzichtet wird.

Gesundheit/Wohnen im Alter

- Die zukünftig wachsende Zahl älterer Menschen stellt die Städte und Gemeinden vor die Aufgabe, ihre Infrastrukturangebote zur Sicherung der Daseinsvorsorge und zur Unterstützung einer selbstständigen Lebensführung bis ins hohe Alter auszubauen.
- Bei der Siedlungsentwicklung sollte die demographische Entwicklung stärker mitbedacht werden. Wohnungsangebote und -größen müssen auch die veränderten Haushalts- und Altersstrukturen berücksichtigen. Neben kleineren Wohneinheiten müssen auch alternative Wohnformen wie Alten-WGs und Angebote des betreuten Wohnens bei Bebauungsplanungen eine größere Rolle spielen.

Mobil in der Stadt

Bei der Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur setzen die Grünen auf einen Wandel der Mobilität mit einer Senkung der klimaschädlichen Emissionen, Maßnahmen zur Verbesserung des ÖPNV und des Radverkehrs in Bramsche und in den Ortsteilen.

Wir setzen uns für eine echte Verkehrswende ein. Hierzu fordern wir die Entschärfung von Gefahrenpunkten durch Radwegeausbau bzw. Verlagerung des Radverkehrs auf die Straße, wobei z.B. Fahrradpiktogramme auf entsprechende Straßen aufgebracht werden könnten. Auch sogenannte Fahrradstraßen oder großflächige Tempo 30 Zonen würden zu einem sicheren, klimaschonenden und lebenswerten Umbau des Straßenverkehrs beitragen.

Anteil des Radverkehrs steigern

- Grüne Mobilitätspolitik setzt darauf, den Anteil des Radverkehrs am Gesamtverkehrsaufkommen durch Ausbau und durch Verbesserung der Sicherheit und Attraktivität der Radwege zu steigern.
- In Bramsche sollen Grünegräser Weg und Meyerhofstraße als Fahrradstraße ausgebaut werden und den Bramscher Berg und die Innenstadt über Marktplatz und Poggenpatt an die Schulen und das Hallenbad an der Malgartener Str. anschließen.
- Bei den Planungen zum Bahnhofsumfeld soll das neue Quartier eine Fuß- und Radwegverbindung zur Innenstadt durch eine Verlängerung der Gleisquerungsbrücke zur Luisenstraße erhalten.
- Mittelfristig soll mit den Nachbarkommunen die Machbarkeit eines Radschnellweges von Bramsche über Wallenhorst nach Osnabrück konzipiert werden. Wie bei dem von uns unterstützten radverkehrstauglichen Ausbau des Kanalseitenweges, der 2022 realisiert wird, sind die beteiligten Kommunen aber auch hier auf Zuschüsse des Bundes angewiesen.

- Fahrradabstellmöglichkeiten in der Innenstadt und an den Haltepunkten des ÖPNV sollen ausgeweitet werden und die Einrichtung von Parkplätzen für Lastenfahrräder Berücksichtigung finden.
- Die bestehenden Radwege sollen im Hinblick auf Sicherheit und Radfahrtauglichkeit optimiert werden. Hierbei soll es eine Zusammenarbeit mit Verbänden wie dem ADFC geben. Gezielte Investitionen in gut ausgebaute Radwege sind notwendig und sollen im städtischen Haushalt künftig mit einem festen jährlichen Budget berücksichtigt werden.

ÖPNV stärken

- Eine Senkung des motorisierten Individualverkehrs ist im ländlichen Raum eine große Herausforderung und kann nicht allein vor Ort bewältigt werden. Kreis Land und Bund sind gefordert, Stadt und Gemeinden in künftige Mobilitätskonzepte einzubinden.
- In der Stadt Bramsche gibt es zurzeit ein Stadtbusnetz mit neun Linien, die gemeinschaftlich von den Stadtwerken Bramsche in Zusammenarbeit mit ortsansässigen Busunternehmen und der Verkehrsgesellschaft Osnabrück-Nord (VOS) betrieben werden. Zusätzlich wird ein Rufbus mit sehr unterschiedlicher Nachfragerstruktur in zwei Ortsteilen angeboten.
- Einen klassischen Stadtbus, der im Bereich des Kernorts Bramsche (Bramscher Berg und Gartenstadt) verkehrt gibt es zurzeit nicht. Einzelne innerörtliche Ziele können nur mit Umstieg erreicht werden (Bramscher Berg, Gartenstadt, Hallenbad).
- Grüne Mobilitätspolitik setzt sich dafür ein, die Fahrgastzahlen im städtischen ÖPNV zu steigern. Es braucht Haltestellen nah am Halte- und Zielort der Fahrgäste, einen Anschluss an die Versorgungsorte des Einzelhandels und an die Gewerbegebiete

sowie eine Fahrplangestaltung mit Umsteigemöglichkeiten ohne lange Wartezeiten. Die ÖPNV-Tarifstruktur sollte dabei nicht über den Kosten des Individualverkehrs liegen. Zudem ist eine Verbesserung der fahrplantechnischen Bus-Schiene-Verknüpfungen zu den Bahnhöfen Bramsche, Achmer und Hesepe anzustreben.

- Neubaugebiete sind von Beginn an durch eine Anpassung der Fahrpläne an den städtischen ÖPNV anzuschließen.
- Im Rahmen des zurzeit in Aufstellung befindlichen Verkehrsentwicklungsplanes soll geprüft werden, unter welchen Umständen ein klassischer Stadtbus im Kernort Bramsche mit einem ausreichenden Taktangebot bis in die Abendstunden umgesetzt werden kann.

Nahversorgung erhalten

- Viele auch weitere Wege wären unnötig, wenn Versorgungsleistungen des Einzelhandels der medizinischen Versorgung, Bank- oder Postdienstleistungen in den Ortsteilen und Quartieren erhalten blieben oder Grundversorgungsleistungen neu geschaffen würden. Stadtentwicklungspolitik sollte daher auch immer die Erhaltung der Nahversorgung im Auge behalten.

Straßenneubau nur zur Erschließung von Siedlungsflächen

- Jeder Straßenneubau induziert weitere Verkehre, führt zu mehr Flächenversiegelung und verschärft den Ausstoß klimaschädlicher Emissionen. Den Lückenschluss der A33 Nord mit der Zerschneidung von FFH-Gebieten lehnen wir deshalb ab. Kritisch sehen wir in diesem Zusammenhang auch die Planungen für eine Umgehungsstraße in Ueffeln.

Solide Finanzen

Zurzeit beträgt das jährliche Finanzvolumen der Stadt Bramsche ca. 50 Millionen Euro. Im Haushaltsplan 2021 stehen dabei Erträgen von 51 Mio € Aufwendungen in Höhe von 54,7 Mio € gegenüber. Die höchsten Zuschussbedarfe haben der Bereich KITAS, Schulen, Sport mit ca. 10 Mio € und der Bereich Stadtentwicklung, Bau und Umwelt mit ca. 7,5 Mio €. Im Ergebnis des Haushaltsplanes 2021 steht ein Minus von 3,7 Mio €. Im Haushaltsjahr 2020 konnten aufgrund der Coronakrise zahlreiche Investitionen nicht auf den Weg gebracht werden. Bei geringeren Ausgaben waren die Steuereinnahmen gegenüber 2019 jedoch stabil und eine von Bund und Land erfolgte Ausgleichszahlung in Höhe von 3,6 Millionen € führte sogar zu einem positiven Jahresergebnis von 3,684 Mio €. Die erzielten Mehreinnahmen werden aber im Finanzausgleich der nächsten beiden Jahre zu geringeren Schlüsselzuweisungen des Landes und zu einer erhöhten Kreisumlage an den Landkreis führen.

Finanzielle Schieflage vermeiden

- Die Verschuldung der Stadt Bramsche konnte in den vergangenen 10 Jahren aufgrund stetig zurückgehender Zinsquoten und umsichtiger Haushaltspolitik bei 32,2 Mio € stabilisiert werden. Durch die 2021 vorgelegte mittelfristige Finanzplanung droht aber nun eine erhebliche Schieflage. So muss die städtische Finanzverwaltung für die kommenden drei Jahre mit einer Nettoneuverschuldung von insgesamt 16,9 Mio € kalkulieren und damit mit einer Erhöhung des städtischen Schuldenstandes um mehr als 52% binnen dreier Jahre. Ursache hierfür sind Prestigeplanungen wie für den Zentralkindergarten St. Martin am Penter Weg, dessen Kosten ursprünglich in kleinerer Version mit 2,5 Mio €, dann mit 5 Mio € und jetzt mit 7 Mio € angesetzt werden müssen. Unbedacht war auch die zu schnelle Entwicklung der Industrie- und

Gewerbeflächen in Schleptrup, die insgesamt einen städtischen Zuschussbedarf von über 9 Mio € verursacht haben. Bis hier über Gewerbesteuerereinnahmen ein Ausgleich erzielt werden kann, vergehen viele Jahre. Gleichzeitig müssen aber schon zusätzliche Infrastrukturmaßnahmen durch wachsende Wohnbedarfe und zusätzliche Kinderbetreuungseinrichtungen geschultert werden.

- Kritisch sehen wir die im letzten Jahr von der gegenwärtigen Mehrheit im Rat eingeführte Haushaltsposition der „Bodenvorratspolitik“, mit der die Stadt in den nächsten drei Jahren 1,2 Mio € für den Ankauf von Ackerflächen als Tauschflächen für künftige Bebauungspläne auszugeben plant. Dieser Einstieg der Stadt in das Geschäftsfeld von Grundstücksmaklern wird den ohnehin schon bestehenden Preisdruck auf landwirtschaftliche Flächen in Bramsche erhöhen und kann grundsätzlich nicht die Aufgabe verantwortlicher städtischer Liegenschaftspolitik sein.

Nachhaltiger Einsatz der finanziellen Mittel

Grüne Finanz- und Wirtschaftspolitik steht für ein maßvolles Wachstum, dass nicht nur die ökologischen Folgen, sondern auch die mittel- und langfristigen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt im Auge hat. Nachhaltigkeit ist unser Leitmotiv auch für die Finanzen der Stadt Bramsche. Einnahmen und Ausgaben müssen in einem auskömmlichen Verhältnis stehen. Vorrang haben investive Maßnahmen, die ein bedarfsgerechtes Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen in Bramsche sicherstellen und die Maßnahmen, die den Klimaschutz und den Ausbau der Digitalisierung fördern.

Bildung für alle, von Anfang an

Grüne Sozial- und Schulpolitik setzt auf eine nachhaltige, familienorientierte Weiterentwicklung der Bildungsinfrastruktur in Bramsche. Nicht alle Entscheidungen auf diesem Gebiet liegen bei der Stadt Bramsche, aber an den Mitgestaltungsstellen wollen wir ansetzen. Kinder sollen gesund, nachhaltig und mit Freude lernen können. Sie sollten unabhängig von Familiensituation, von sozialer, kultureller oder nationaler Herkunft von seelischer oder körperlicher Gesundheit, von Begabung, Wissen oder Fähigkeiten selbstständig werden, unsere Welt begreifen und ihr Leben bewältigen.

Krippen & Kindertagesstätten ausbauen

In der Coronapandemie haben viele Familien enorme Einschnitte erlebt und viel zurückstecken müssen. Die Aufarbeitung dieser Zeit und die familienorientierte Zukunftsgestaltung ist deshalb eine Kernaufgabe. Der Bedarf an frühkindlicher Bildung und Betreuung hat in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen. Die zurzeit noch angenommene Jahrgangs-Betreuungsquote von 38 % bei den kleinsten Bramschern unter drei Jahren wird in den nächsten Jahren nicht zu halten sein. Investitionen in den Kita-Ausbau und -Neubau sind notwendig.

Krippen und Kita unter einem Dach

- Grüne Sozialpolitik setzt auf den bedarfsorientierten Ausbau der Krippen für die Betreuung von unter Dreijährigen am Standort der Kindergärten. Den Bau eines isolierten Krippenzentrums halten wir aus entwicklungspsychologischer und pädagogischer Sicht für den falschen Weg. Wichtig ist eine Kontinuität hinsichtlich der Umgebung und des Betreuungspersonals. Es wäre auch wenig familienfreundlich, wenn Eltern Geschwisterkinder zu verschiedenen Standorten bringen müssten.

Mehrbedarf an Förderung berücksichtigen

- Grüne Sozialpolitik setzt auf eine gute Begleitung und einen angemessenen Betreuungsschlüssel für einen gesunden Krippen- und Kita-Alltag für Personal und Kinder. Die Integration und Inklusion von allen Kindern ist wichtig. Bedingt durch die Coronapandemie ist ein Mehrbedarf an Integrationsgruppen wahrscheinlich, um die Familien gut zu stärken und die Postpandemiephase angemessen zu gestalten.

Schulen zukunftsfit ausrichten

- Die Bramscher Schullandschaft ist reich strukturiert: Realschule, Hauptschule und acht Grundschulen in Trägerschaft der Stadt Bramsche, Integrierte Gesamtschule Bramsche und Greselius-Gymnasium in Trägerschaft des Landkreises, die Freie Waldorfschule in Evinghausen und seit Kurzem die Freie Hofschule in Pente.

Schulentwicklungsplanung am Elternwillen orientieren

- Grüne Schulpolitik setzt sich dafür ein, dass die Schulentwicklungsplanung in und für Bramsche am Elternwillen orientiert ist.

IGS mit eigener Oberstufe

- Die IGS Bramsche sollte nach dem Wunsch der Schulelternschaft mit einer gymnasialen Oberstufe ausgestattet werden. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass zahlreiche SchülerInnen nach der zehnten Klasse nicht das Kooperationsangebot mit dem Gymnasium nutzen, sondern an andere weiterführende Schulen abwandern. Dieser Trend sollte aufgehalten werden. Mit einer eigenen Oberstufe würde die IGS-Bramsche zudem pädagogisch aufwertet und ein noch attraktiverer Standort vor allem für die Bramscher Umlandkommunen werden.

Neues Raumkonzept für die Realschule

- Die Realschule Bramsche ist nach der Entscheidung des Stadtrates 2016 als eigenständige Schule erhalten geblieben und nicht in eine Oberschule überführt worden. Die SchülerInnen-Zahlen sind konstant und bestätigen damit die damals von uns unterstützte Entscheidung. Die Klassenstufen sind regelmäßig 2-3-zügig, sodass das gerade erst erweiterte Schulgebäude schon wieder als zu klein erweist und drei Klassen in Containern auf dem Pausenhof unterrichtet werden müssen. Diese Situation ist nicht haltbar und muss im nächsten Jahr durch ein neues Raumkonzept, das auch die Möglichkeit einer baulichen Erweiterung des Gebäudekomplexes einschließt, geheilt werden.

Grundschulstandorte erhalten

- Wir stehen dafür, dass alle Bramscher Grundschulen auch bei zurückgehenden Schülerzahlen als wohnortnahe Standorte und mit einer bedarfsorientierten Ganztagsbetreuung erhalten werden.

Bildungspaket nutzen

- Gezielte Beratung und Unterstützung in den Schulen soll sicherstellen, dass alle berechtigten Schüler und Schülerinnen vom gesetzlich garantierten Bildungs- und Teilhabepaket profitieren können.

Digitalpakt Schulen umsetzen

- Für die zehn Schulen in Bramscher Trägerschaft sind Landesfördermittel von über 800.000€ für den Anschluss an die digitale Infrastruktur bereitgestellt worden. Das Schulgebäude an der Heinrichstraße und die Grundschule in Epe sind bereits am Netz. Bis 2025 sollten alle Schulen an das Glasfasernetz angeschlossen sein

und der Ausleihe-Bedarf an digitalen Endgeräten für alle Schüler und Schülerinnen, die über kein digitales Gerät zuhause verfügen, gewährleistet sein.

Zusammenleben fördern

Bei der Entwicklung des sozialen und kulturellen Lebens in der Stadt setzen wir uns für die Zusammenarbeit und Förderung von Verbänden, Vereinen und den vielfältigen ehrenamtlichen Initiativen ein, die einen herausragenden Beitrag zur sozialen Stabilität unserer Stadt leisten. Stadtbücherei und Volkshochschule, die dezentralen Jugendtreffs und den Kindertreff „Meyerei“ sehen wir auch künftig als feste Bestandteile der sozialen Infrastruktur. Veranstaltungsformate, wie die Stadtfeste und das Sommerkulturprogramm sollen erhalten bleiben.

Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche ausbauen

- Die Bramscher Grünen unterstützen die Initiative des Jugendparlamentes, mit der Einrichtung eines „Dirtparks“ das Freizeitangebot für junge Leute zu erweitern. Eine stadteigene Fläche in zentraler Lage in der Nähe des Hasesees könnte hierfür zur Verfügung gestellt werden.

Seniorenrat stärken

- Die Seniorenvertretung sollen auch künftig an der kommunalen Willensbildung beteiligt werden. In städtischen Ausschüssen, die kommunale Planungen für Wohnen und Leben im Alter betreffen, werden die Grünen deshalb als Bürgervertreter wieder ein Mitglied des Seniorenrates benennen.

Gleichberechtigung fördern

- Die Grünen stehen dafür, dass Frauen und Männer Macht und Verantwortung zu gleichen Teilen wahrnehmen. Daher treten wir auch für eine verstärkte Teilhabe von Frauen in der Politik, ihren Gremien und Entscheidungsprozessen ein - nur so kann gewährleistet werden, dass Politik die vielfach unterschiedliche Lebensrealität von Frauen und Männern im Blick behält.

- Parteiintern verfolgen wir diese Zielrichtung, indem beide Wahllisten für die Stadtratswahl von Frauen angeführt werden.
- Im Bezug auf die Bramscher Stadtverwaltung streben wir an, dass es auf allen Hierarchieebenen einen gleichen Anteil von Frauen und Männern gibt.

Zusammenleben lernen

- Die LAB in Hesepe ist seit vielen Jahren eine Erstaufnahmeeinrichtung des Landes für Asylsuchende. Durch die LAB hat die Stadt keine Verpflichtung, Flüchtlinge im Stadtgebiet aufzunehmen, profitiert aber von ihnen, weil sie bei der Zahlung von Schlüsselzuweisungen des Landes an den städtischen Haushalt als Einwohner gezählt werden.
- Die Bramscher Grünen treten für ein menschliches Miteinander mit den Betroffenen ein und sehen es als selbstverständliche moralische Verpflichtung, Menschen in Not zu helfen und ihnen einen Weg zu einem menschenwürdigen Leben zu öffnen.
- Die Bramscher Grünen setzen darauf, Angebote für und mit Flüchtlingen auszubauen um das Miteinander zu stärken. Die Förderung der im Migrationsbereich tätigen Initiativen wie AMAL e.V. soll fortgeführt werden.

Unsere Kandidierenden (Wahlbereich 2)



Angelika Ballmann



Matthias Reyl



Jens Kerntopf



Torsten Braune



Robert Goda



Reinhold Wübben



Anna Müller



Wolfgang Matzat



Jürgen Thye

außerdem: Sina Niemann, Matthias Stallkamp

Veränderung beginnt hier – Grün wählen



12.9. Kommunalwahl

26.9. Bundestagswahl

www.gruene-bramsche.de